

DIE PARLAMENTSWAHLEN VOM 7. JUNI 2015 IN DER TÜRKEI: DIE WÄHLER HABEN FÜR VERÄNDERUNG GESTIMMT

- AKP bleibt trotz starker Verluste stärkste Partei und einziger landesweit bestimmender politischer Akteur.
- Der Wahlsieg der HDP eröffnet Chancen auf eine Demokratisierung des Wahlsystems und für den Prozess zur friedlichen Lösung des Kurdenkonflikts
- Das Ergebnis stärkt die Rolle des Parlaments gegenüber der zuvor strikten Kontrolle durch Regierung und Staatspräsident
- Die hohe politische Polarisierung erschwert die Regierungsbildung und macht vorgezogene Neuwahlen wahrscheinlich.

INHALT:

1. Das Parlament ist gestärkt worden	3
2. Die Wahlkampagnen der Parteien	3
3. Zur Fairness und Chancengleichheit im Wahlkampf	5
4. Ausblick	6



1. Das Parlament ist gestärkt worden

Bei der Parlamentswahl am 7. Juni wurde die AKP (Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung) mit 40,86 Prozent stärkste Partei, verlor jedoch mehr als 9 Prozent gegenüber der Parlamentswahl 2011 und 2,7 Prozent gegenüber der Kommunalwahl 2014. Mit 258 Mandaten verfehlte sie die absolute Mehrheit von 276 Stimmen. Gewinnerin der Wahl ist jedoch die HDP (Demokratische Volkspartei), die mit einem Ergebnis von 13,10 Prozent ihr Stimmaufkommen verdoppeln konnte. Möglich wurde dies vor allem durch neue Wählerkreise in den Bevölkerungszentren Istanbul, Izmir und Ankara, die es ihr erstmals ermöglichten, die 10prozentige Sperrklausel für den Einzug ins Parlament zu überwinden.

Die CHP (Republikanische Volkspartei) verfehlte mit 25,16 Prozent ihr Wahlziel und verlor drei Mandate. Gleichwohl erhielt sie hohe Zustimmung für ihren Wahlkampf. Als ein wichtiger Faktor für das ungünstige Ergebnis gilt, dass ein Scheitern der HDP an der Sperrklausel die AKP ihrem Ziel einer verfassungsändernden Mehrheit näher gebracht hätte. Daher gaben viele CHP Wähler Leihstimmen an die HDP ab.

Die MHP (Partei der Nationalistischen Bewegung) konnte mit 16,29 Prozent gegenüber der Parlamentswahl 2011 deutlich zulegen, verlor jedoch leicht gegenüber der Kommunalwahl vom März 2014.

Zu den bemerkenswerten Einzelheiten des Wahlergebnisses gehört nicht nur, das mit 96 Frauen ihre Repräsentation im Parlament um 17 Abgeordnete gestiegen ist. Gleichwohl bleibt ihr Anteil weiterhin unter einem Fünftel der Abgeordneten. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten sind drei Armenier im Parlament, ein bedeutender Teil der Volksvertreter sieht ihrer ersten Amtszeit entgegen.

2. Die Wahlkampagnen der Parteien

Die AKP konnte in ihrem Wahlkampf ihren Regierungsbonus voll ausnutzen. Dies wurde nicht zuletzt durch den Slogan deutlich: „Die anderen reden nur, wir handeln“, mit dem die Partei in die Schlussphase des Wahlkampfes ging. Die Eröffnungsfeiern von öffentlichen Investitionen wie zum Beispiel den Flughäfen in Giresun und in Hakkari unterstrichen die Botschaft, dass die AKP für Leistung und Entwicklung stehe. Ein weiteres wichtiges Argument war politische Stabilität, die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten einer Koalitionsregierung vorzuziehen sei. Diese Art der Argumentation wirkte überraschend, da die AKP bei den Wahlkämpfen davor positive Botschaften und ihre Projekte in den Vordergrund stellte. Bei dieser Wahl konzentrierte sie sich dagegen eher darauf, die Projekte der Opposition als nicht finanzierbar darzustellen. In der Schlussphase des Wahlkampfes griff sie die HDP mit einer Polemik

Die Stimmentwicklung der Parteienⁱ

	2011 Parlamentswahl	2014 Kommunalwahl	2015 Parlamentswahl
AKP	49,83	43,39	40,86
CHP	25,98	25,61	25,16
MHP	13,01	17,62	16,29
HDP	-	4,52	13,10

Die Sitzverteilung im Parlamentⁱⁱ

	2011	2015
AKP	327	258
CHP	135	132
MHP	53	80
HDP	29	80



über wahre Frömmigkeit sowie mit dem Vorwurf, die HDP sei Befehlsempfängerin der PKK, frontal an.

Erschwert wurde der Wahlkampf durch den Eindruck einer Doppelspitze in der AKP. Insbesondere in der Schlussphase hielt Staatspräsident Erdoğan -der sich laut Verfassung eigentlich gar nicht in den Wahlkampf hätte einmischen dürfen- täglich mehrere Kundgebungen ab, bei denen er für den Übergang zu einem Präsidialsystem warb. Diese Akzentsetzung entsprach jedoch nicht unbedingt derjenigen, die Ministerpräsident und Parteiführer Davutoğlu setzte. Sowohl Erdoğan als auch Davutoğlu benutzten zudem wieder die Opferrhetorik, der zufolge sich die Opposition mit Terrororganisationen und ausländischen Mächten verbündet habe, um die Entwicklung der Türkei stagnieren zu lassen.

Die CHP dagegen führte einen programmorientierten Wahlkampf, wobei insbesondere wirtschafts- und sozialpolitische Projekte im Vordergrund standen. Im März und April machte sie einen guten Start in den Wahlkampf, indem ein Großteil der Kandidaten durch Vorwahlen ermittelt wurde. Zudem war sie die erste Partei, die mit ihrem Wahlprogramm an die Öffentlichkeit trat. Damit hatte sie den Vorteil, Akzente setzen zu können. Durch die Vermeidung der bei vorherigen Wahlkämpfen dominierenden Polemik gegen die AKP und der Betonung, dieses Mal wirklich die AKP abzulösen, erreichte sie ein deutlich positiveres Medienecho als in den Jahren zuvor.

Mit ihren sozialpolitischen Projekten wie der Anhebung des Mindestlohns und zusätzlichen Rentenzahlungen am Ramadan Feiertag und dem Opferfest zog sie die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Die Vorwürfe der AK, dass dies nicht finanzierbar sei, steigerte die Aufmerksamkeit eher noch. Angesichts der zunehmenden Zahl überschuldeter Haushalte will die CHP ein Umschuldungsprogramm umsetzen, mit dem ein großer Teil der Zinsen aufgehoben und die Banken zur Verantwortung gezogen werden. Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, die bei Subunternehmern angestellt sind, sollen auf Planstellen übernommen werden. Finanziert werden soll dies durch die Einsparung der Gelder, die sonst auf die Subunternehmer entfallen wären. Angesichts der Verschwendungsvorwürfe gegen Erdoğan und die AKP trat die CHP mit dem Versprechen einer

transparenten und soliden Haushaltspolitik an. Den Vorsitz des Haushaltsausschusses, dem künftig Haushaltsrechnungen detailliert vorgelegt werden müssen, soll die größte Oppositionspartei innehaben. In der Schlussphase des Wahlkampfes trat die CHP außerdem noch mit einem „Mega-Stadt Projekt“ hervor. Bis 2035 soll in Anatolien eine neue Stadt für 3,5 Mio. Einwohner errichtet werden, die als Logistikzentrum für eine Region von Asien bis zum Balkan und Nordafrika dienen soll.

Die national-konservative MHP griff in ihrem Wahlkampf zum einen die Regierung mit der Anklage an, sie hätte die nationalen Interessen verraten. Zum anderen griff sie sozialpolitische Themen auf. Ihr Vorsitzender Devlet Bahçeli betonte in seinen Wahlkampfreden immer wieder die Korruptions- und Verschwendungsvorwürfe gegen die Regierung und warf der AKP vor, eine verdeckte Koalition mit der HDP anzustreben, die er als verlängerten Arm der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) ansieht. Damit setzt er nicht zuletzt darauf, zuvor von der MHP zur AKP abgewanderte Wähler zurückzugewinnen, die spätestens seit der gemeinsamen Erklärung von AKP und HDP zum Friedensprozess im Februar im Dolmabahçe Palast in Istanbul über die Politik ihrer neuen Partei beunruhigt sind. In ihrem Wahlprogramm hat die MHP ebenfalls sozialpolitische Themen wie beispielsweise eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns aufgegriffen und verknüpfte die triste wirtschaftliche Lage vieler Haushalte geschickt mit Verschwendungsvorwürfen gegen die Regierung, die häufig am neuen Präsidentenpalast festgemacht wurden.

Die HDP konnte in ihrem Wahlkampf Wähler dadurch mobilisieren, dass sie unbedingt die 10-Prozent-Hürde überspringen müsse, um ins Parlament einzuziehen. Aber sie profitierte auch von den hohen Sympathiewerten ihres Ko-Vorsitzenden Selahattin Demirtaş, der mit seinem Humor und seiner Schlagfertigkeit Menschen für diese Partei interessieren konnte, die noch vor einem Jahr niemals in Erwägung gezogen hätten, möglicherweise der HDP ihre Stimme zu geben. Mit einer Kandidatenauswahl der unterschiedlichsten politischen und sozialen Bewegungen der Türkei war die Botschaft von Pluralismus verbunden. Während Staatspräsident Erdoğan den Prozess zur friedlichen Lösung des Kurdenkonflikts soweit wie möglich zu reduzieren versuchte, bestimmten



Demokratisierungsforderungen den Wahlkampf der HDP. Die Forderung nach Abschaffung des Präsidiums für religiöse Angelegenheiten, die der HDP den Vorwurf der Gottlosigkeit von Seiten der AKP und des Staatspräsidenten eintrug, wurde zu einem der zentralen Themen in der Schlussphase des Wahlkampfes. Hinter dieser Entwicklung stand auch der Versuch der AKP, religiöse Kurden zurückzugewinnen, die sich frustriert über die Entwicklung im Friedensprozess und der zögerlichen Unterstützung beim Kampf um das syrische Kobane der HDP zugewandt hatten. Wählern, die aus taktischen Gründen zur HDP tendierten, um eine verfassungsändernde Mehrheit der AKP zu vermeiden, gab die HDP eine klare Zusage, dass sie für keine Koalition mit der AKP zur Verfügung stehe und auch das von Erdoğan geforderte Präsidialsystem verhindern werde.

3. Zur Fairness und Chancengleichheit im Wahlkampf

Zumindest drei Gesichtspunkte machen es schwer, von einer Wahl zu sprechen, bei der alle Parteien gleiche Chancen hatten, die Wähler zu überzeugen. Zunächst einmal waren die Ressourcen für die Führung des Wahlkampfes sehr ungleich verteilt. Sowohl auf nationaler Ebene als auch in einigen Kommunen wurden von den Amtsinhabern öffentliche Mittel zugunsten der AKP zweckentfremdet und andere Parteien daran gehindert, ihren Wahlkampf zu führen. Hinzu kommt, dass der Wahlkampf von zahlreichen physischen Angriffen überschattet wurde.

Ein besonderes Problem stellte die Intervention von Staatspräsident Erdoğan in den Wahlkampf dar. Durch seinen Amtseid zur Unparteilichkeit verpflichtet sieht die Verfassung jedoch eine äußerst weitgehende Immunität des Staatspräsidenten vor. Anträge der Oppositionspartei beim Hohen Wahlrat, die Kundgebungen Erdoğan's zu unterbinden oder wenigstens ihre Übertragung in Radio und Fernsehen zu untersagen, wurden mit Verweis auf die Immunität abgelehnt. Eine Klage vor dem Verfassungsgericht wurde vor der Wahl nicht entschieden.

Die staatliche Parteienfinanzierung stellt für die meisten Parteien einen Großteil ihrer Einnahmen dar. In Wahljahren wird diese Förderung zudem deutlich erhöht. Von den im Parlament ver-

tretenen Parteien profitiert nur die HDP nicht von der Förderung, da sie bei der vorherigen Parlamentswahl nicht als Partei, sondern mit unabhängigen Kandidaten angetreten war. Demgegenüber erhielten die AKP 198 Mio. TL, die CHP 103 Mio. TL und die MHP 53 Mio. TL staatliche Fördermittel. Die Tageszeitung Sabah bezifferte im April die Ausgaben pro Kandidaten auf 50.000 TL. Einen Teil dieser Ausgaben bringen die Kandidaten selbst auf. Hinzu kommt, dass sie für die Kandidatur eine Gebühr bei ihrer Partei entrichten. Auf welche Weise diese Wahlkampfkosten aufgebracht werden, bleibt im Dunkeln.

Ogbleich die AKP knapp zwei Drittel der Parteienförderung erhielt, nutzte sie im großen Umfang staatliche Ressourcen für ihren Wahlkampf. Insbesondere die im ganzen Land mit Ministerbeteiligung durchgeführten feierlichen Eröffnungen, zu denen mehrfach Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sowie Schulklassen abgeordnet wurden, um eine höhere Beteiligung zu gewährleisten, sind mehrfach von den Oppositionsparteien gerügt worden. Dies gilt auch für die zahlreichen Veranstaltungen, die Staatspräsident Erdoğan durchführte, ogbleich es ihm sein Amtseid verbot, sich in den Wahlkampf einzubringen.

Zu Behinderungen des Wahlkampfes kam es auf kommunaler Ebene, wenn beispielsweise die Stadtreinigung eingesetzt wurde, um Wahlplakate und Parteiembleme anderer Parteien zu entfernen. In Erzurum erhielt die CHP in der Schlussphase des Wahlkampfes über zwei Wochen hinweg keine Genehmigung, ihren Wahlstand an zentralen Plätzen der Stadt aufzubauen. Ebenfalls in Erzurum wurde nur wenige Tage vor der Wahl eine HDP-Kundgebung angegriffen. Es kam allein bei dieser Kundgebung zu 200 Verletzten und schweren Sachbeschädigungen.

Während des Wahlkampfes kam es zu zahlreichen gewalttätigen Angriffen auf Wahlbüros und -veranstaltungen. Häufigstes Ziel solcher Angriffe war die HDP. Hier wird die Zahl der bekannt gewordenen Angriffe mit mehr als 100 angegeben. Besonderes Aufsehen erregten die Bombenanschläge auf die Wahlkampfbüros der HDP in Adana und Mersin im Mai, bei denen nur durch glückliche Umstände niemand getötet wurde. Zwei Explosionen, bei denen zehn Menschen verletzt wurden, verhinderten die Schlusskundgebung der Partei in Diyarbakır. Der größte Teil der Angriffe wurde vor der Wahl nicht aufgeklärt.



4. Ausblick

Das Wahlergebnis bietet keine klaren Mehrheiten für eine Regierungsbildung. Die AKP verfügt erstmals seit ihrer Gründung und ihrem Regierungsantritt 2002 nicht mehr über eine absolute Mehrheit. Koalitionsregierungen sind jedoch angesichts ihrer Performanz in den 1990er Jahren unpopulär. Angesichts der hohen politischen Polarisierung birgt zudem jedes rechnerisch mögliche Bündnis die Gefahr für alle beteiligten Parteien Gefahr, ihre Wählerbasis zu verprellen.

Denkbar ist vor diesem Hintergrund als erstes Szenario eine von mindestens einer der Oppositionsparteien geduldete Minderheits- oder Übergangsregierung der AKP, die vermutlich in vorgezogene Neuwahlen führt. Ein zweites Szenario sieht eine AKP-geführte Koalitionsregierung vor. Die MHP und die HDP haben einer solchen Option am Wahlabend eine Absage erteilt. Angesichts der Feindschaft der Wählerbasis von AKP und CHP erscheint auch diese Koalitionsvariante als wenig wahrscheinlich.

Das dritte Szenario wäre eine Vereinigung der bisherigen Opposition. Hier hat die MHP einer Koalition ebenfalls eine Absage erteilt. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass eine CHP-HDP Koalition ausreichende Unterstützung für eine Tolerierung erhält. Doch auch hier böte eine schwache parlamentarische Mehrheit sowie die hohe politische Differenz der Partner nur geringe Aussicht auf Bestand. Ziel eines solchen Bündnisses könnte jedoch sein, eine AKP-geführte Übergangsregierung zu vermeiden.

Unabhängig von der Regierungsbildung wird das neue Parlament eine deutlich stärkere Position gegenüber Regierung und Staatspräsident haben als zuvor. Das Fehlen einer absoluten Mehrheit macht es erforderlich, Kompromisse zu schließen und dies würde dem Parlament neue Bedeutung verleihen. Zudem verfügt das neue Parlament über die Möglichkeit auf gesetzgeberischem Wege den Handlungsspielraum von Staatspräsident Erdoğan zu beschneiden.

Zwei bestimmende Faktoren für das Wahlergebnis waren vermutlich der Prozess zur friedlichen Lösung des Kurden-Konflikts und die 10prozentige Sperrklausel für den Einzug ins Parlament. Die Reduzierung des Friedensprozesses auf den Appell an die PKK, die Waffen niederzulegen, war ange-

sichts der geweckten Erwartungen nicht plausibel und bot auch keine Hoffnung auf Erfolg. Die 10prozentige Sperrklausel und die Berechnung, dass bei einem Scheitern die AKP nahe an die Grenze von 330 Mandaten, mit denen sich eine Verfassungsänderung mit Bestätigung durch ein Referendum verwirklichen lässt, gelangen würde, haben der HDP „Leihstimmen“ von allen Parteien – insbesondere jedoch von der AKP – eingebracht.

Ersten Beobachtungen zufolge sind AKP-Wähler vor allem zur HDP und zur MHP abgewandert. Die nationalistische und religiöse Rhetorik, die den AKP-Wahlkampf beherrschte scheint vor allem darauf gezielt zu haben, die MHP-Wähler zu halten. Von Kommentatoren wird das Wahlergebnis aber auch als rote Karte für Erdoğan verstanden, der entgegen seinem Amtseid als unparteiischer Staatspräsident einen Parallelwahlkampf führt. Die Ausgrenzung der Gründergeneration der Partei, Verschwendungs- und Korruptionsvorwürfe sowie das Vorgehen gegen kritische Medien und die Gülen-Bewegung werden als weitere Faktoren benannt, die den Nimbus der Unbesiegbarkeit der AKP beschädigt haben. Die AKP bleibt nach wie vor in allen Landesteilen eine bestimmende Kraft – Analysen werden zeigen, dass sie in allen Provinzen entweder stärkste oder zweitstärkste Partei ist.

Für die HDP ergibt sich nach der Wahl die Herausforderung von einer Kurden-Partei zu einer linken Volkspartei zu werden. Es ist ihr gelungen, insbesondere in den Großstädten neben kurdischen auch linke und liberale Wähler für sich zu gewinnen. Die nächste Zeit wird zeigen, ob es ihr auch gelingt diese zu halten.

(Endnotes)

i Die Daten für 2011 und 2014 stammen aus der offiziellen Erklärung des nationalen Wahlrats, die Angaben für 2015 von CNNTurk. Die HDP (damals BDP) war 2011 mit unabhängigen Kandidaten angetreten und wird darum hier nicht aufgeführt.

ii Die Sitzverteilung 2011 entspricht dem Stand nach der Wahl, wie er vom Nationalen Wahlrat festgestellt wurde. Die Übersicht des Parlaments über die Sitzverteilung zeigt, dass von anfangs 35 unabhängigen Abgeordneten 29 in die HDP eingetreten sind.



Imprint

Friedrich-Ebert-Stiftung
Cihannüma Mahallesi Mehmet Ali Bey Sk. 12/D5
34353 Beşiktaş-Istanbul
Türkiye

Tel: +90 212 310 82 37
contact@festr.org
www.festr.org

Responsible: Dr. Felix Schmidt
© FES Türkei, 2015

The views expressed in this publication are not necessarily those of the Friedrich-Ebert-Stiftung or the organization for which the author works.